



Abo [Corona-Fazit der Behörden](#)

Diese Grafik widerspricht dem positiven BAG-Bericht

Eine externe Untersuchung im Auftrag des Bundes lobt das Schweizer Pandemie-Management. Doch ein entscheidender Punkt wird darin kleingehalten.

[Yannick Wiget](#), [Luca De Carli](#), [Marc Brupbacher](#), [Patrick Vögeli](#)

Publiziert: 26.04.2022, 21:39

Gut gemacht – so lautet in aller Kürze das Fazit einer vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) bestellten Studie zur Bewältigung der Pandemie durch die Schweizer Behörden. Oder in den Worten der Autorinnen und Autoren: «Bund und Kantone haben meist angemessen und, von Ausnahmen abgesehen, zeitgerecht auf die Covid-Bedrohungslage reagiert.» BAG-Direktorin Anne Lévy sagte am Dienstag an der Präsentation der Studie: «Es ist schön, zu hören, dass wir gute Arbeit geleistet haben.»

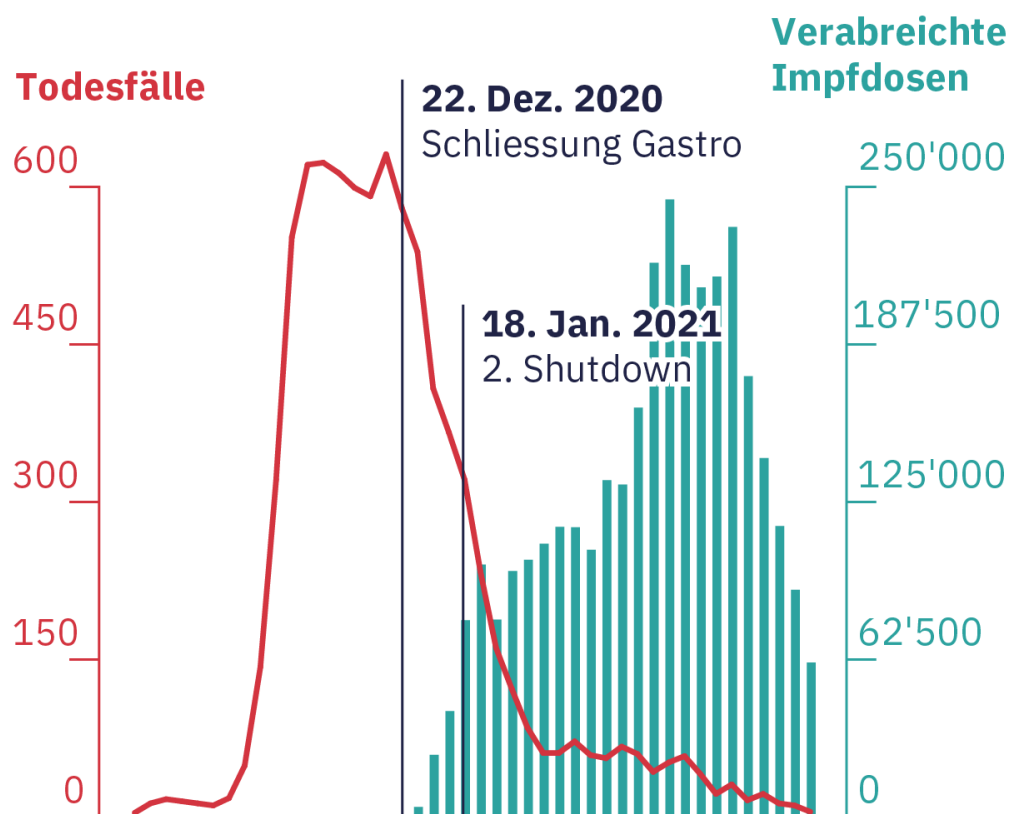
Wirklich? Nicht zu diesem positiven Fazit passen die hohen

Todeszahlen – insbesondere bei der älteren Bevölkerung. Diese werden in der Studie nur als Nebenaspekt abgehandelt und vom BAG selber in der Medienmitteilung dazu mit keinem Wort erwähnt.

Vor allem während der zweiten Corona-Welle, die im Spätherbst 2020 anrollte, haben die Behörden versagt. Damals war bereits absehbar, dass es bald eine Impfung gegen das Virus geben würde, die schwere Verläufe verhindern kann. Doch Bund und Kantone zögerten mit den Massnahmen. Und als sie reagierten, war es zu spät: Die Zahl der Todesfälle bei den über 60-Jährigen hatte bereits ihren Höhepunkt überschritten. 95 Prozent der mittlerweile über 13'000 Covid-Todesfälle in der Schweiz betreffen diese Altersgruppe.

Kurz vor dem Start der Impfkampagne gab es am meisten Covid-Tote

Altersgruppe 60+, nach Kalenderwochen



Okt.
2020Jan.
2021

Apr.

Grafik: pvo; Quelle: BAG

Vertrauliche Dokumente zeigen, wie Bund und Kantone damals in der Planung versagten und sich gegenseitig die Verantwortung zuschoben. Als im Oktober 2020 die Zahl der Ansteckungen explodierte, sah der Bundesrat von einschneidenden Massnahmen ab. Nur so hätte er aber die Welle ausbremsen oder den Anstieg der Fallzahlen zumindest hinauszögern können, bis die Impfung vorhanden gewesen wäre. Der Shutdown, inklusive Homeoffice-Pflicht und Schliessung von Läden, kam erst am 13. Januar.

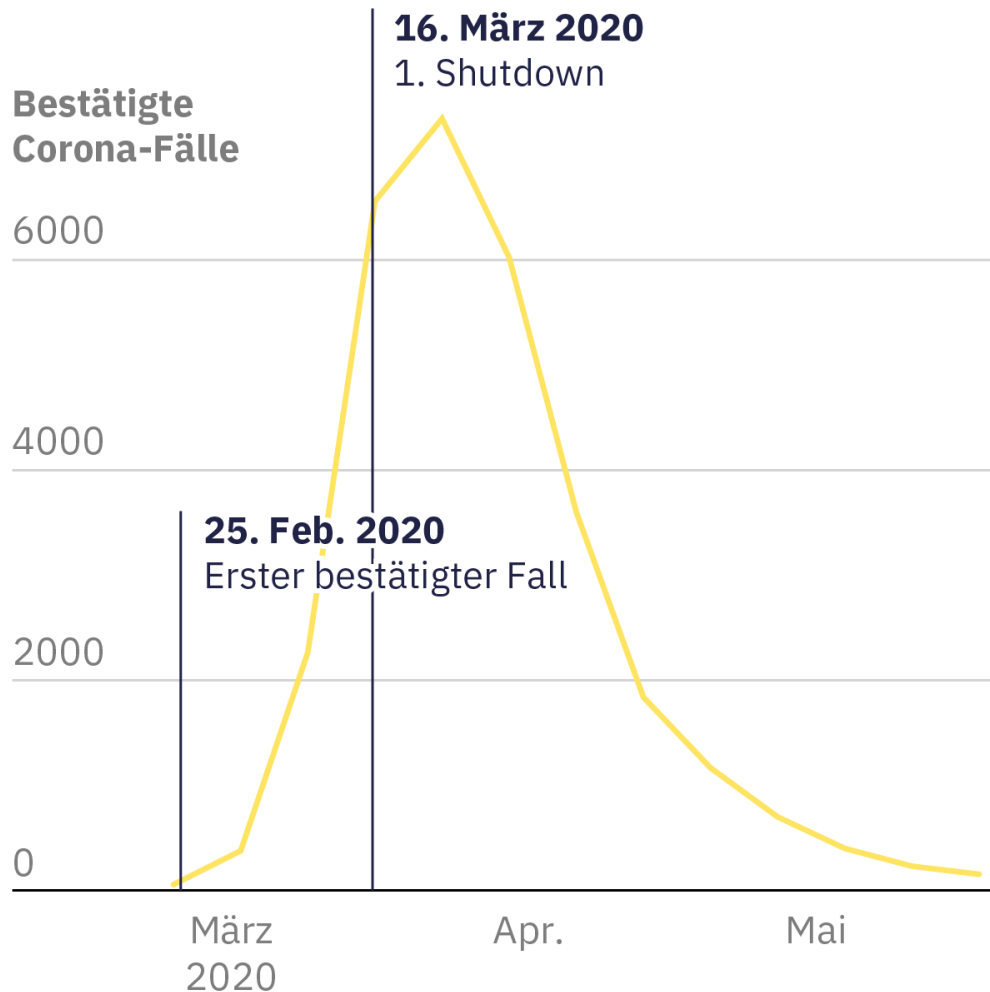
Anscheinend hatten die Behörden nichts aus den Fehlern während der ersten Corona-Welle gelernt. Auch da reagierten sie zu spät. Am 25. Februar 2020 wurde in der Schweiz erstmals ein Corona-Fall bestätigt, am 5. März erstmals ein Todesopfer. Der Bundesrat hatte zwischenzeitlich zwar Grossveranstaltungen verboten, aber sonst noch keine Einschränkungen erlassen. Erst am 16. März rief er die ausserordentliche Lage aus: Alle Läden, Restaurants, Bars, Schulen sowie Unterhaltungs- und Freizeitbetriebe mussten schliessen.

Doch drei Tage zuvor hatte die Zahl der bestätigten Corona-Fälle bereits die 1000er-Grenze überschritten und sich dann innert zwei Tagen verdoppelt. Die Welle war bereits angerollt, als der erste Shutdown in Kraft trat. Gemäss einer Modellrechnung der Universität Bern wären rund 1600 Leben gerettet worden, hätte der Bundesrat die Schweiz sieben Tage früher stillgelegt.

Der Shutdown kam erst kurz vor dem Peak

der 1. Welle

Nach Kalenderwochen



Grafik: pvo; Quelle: BAG

Trotzdem wird in der Studie das «zeitgerechte» Handeln von Bund und Kantonen betont. Mit den eingangs erwähnten «Ausnahmen» sei vor allem die zweite Welle gemeint, sagt Studienleiter Andreas Balthasar vom Beratungsunternehmen Interface auf Nachfrage.

Sein Team hatte dem BAG elf Themenbereiche vorgeschlagen, die in der Studie vertieft hätten analysiert werden sollen. Herausgestrichen wurde von den Auftraggebern neben

den Masken und der Teststrategie auch das Thema Schutz in Altersheimen. Unter deren Bewohnerinnen und Bewohnern hat die Schweiz die meisten Corona-Toten zu beklagen. Dieses Thema sei bereits in einer anderen Studie untersucht worden, sagt BAG-Chefin Lévy. Allerdings gehört es wie Masken und Tests zu jenen Bereichen, in denen die Schweiz in der Pandemie mit die grössten Probleme hatte.

Insbesondere in der zweiten Welle fehlten schweizweit einheitliche Vorgaben für Schutzmassnahmen in den Altersheimen, obwohl der Bundesrat gemäss Epidemienengesetz die Möglichkeit gehabt hätte, solche zu erlassen. Das hat gemäss der am Dienstag präsentierten Studie in vielen Fällen zu einer Überforderung der Heimleitungen geführt. Der Bundesrat habe sich damit faktisch seiner Verantwortung entzogen, so das Fazit. Auch das wird in der Kommunikation des BAG zur Studie nicht erwähnt.

Überlebt, aber nicht wieder gesund

Dafür betonen BAG wie Studienautoren, dass die Gesundheitsversorgung in der Schweiz stets in hoher Qualität gewährleistet gewesen sei. Dabei sind Todesfälle und die Rekord-Übersterblichkeit nur die Spitze der Gesundheitskrise im Winter 2020/21. Viele Schwerkranke haben dank dem exzellenten Gesundheitssystem in der Schweiz überlebt – müssen aber dennoch einen hohen Preis zahlen. Eine kürzlich publizierte britische Studie zeigt [↗], dass über 70 Prozent aller hospitalisierten Covid-Fälle auch ein Jahr später noch nicht gesund sind.

Die Schweiz verzeichnete gemäss BAG-Daten in den drei Monaten von November 2020 bis Januar 2021 insgesamt mindestens 15'000 Spitaleintritte wegen Covid, darunter auch ei-

gestens 15 000 Sprachlosen wegen Covid, darunter auch einige Tausend unter 60-Jährige. Die Impfung, die schon in Reichweite war, hätte auch hier viel Schaden abwenden können. Unerwähnt bleiben in der Studie auch die Tausenden verschobenen Operationen als Folge der zweiten Welle. Darunter waren auch Patientinnen und Patienten mit Krebs- und Herzleiden.

Das Thema Long Covid wird auf 137 Seiten ebenfalls mit keinem Wort erwähnt. Das Problem war aber vor der zweiten Welle international schon bekannt. Die ersten Schweizer Daten der Universität Zürich wurden dazu am 7. November 2020 publiziert. Diese Zeitung schrieb damals: «Jeder Fünfte spürt nach sechs Monaten Folgen der Corona-Ansteckung. Die Häufigkeit von Spätfolgen wird unterschätzt.» Trotz diesen Erkenntnissen bemühten sich Bund und Kantone nicht, das Virus frühzeitig einzudämmen.

Dass auch eine andere Form der Pandemieaufarbeitung möglich ist, zeigen staatliche und parlamentarische Untersuchungsberichte aus Schweden («Verspätet und ungenügend reagiert») und Grossbritannien («Falscher Ansatz hat Leben gekostet»). Sie kommen zu weniger schmeichelhaften Ergebnissen und stellen ihren Regierungen ein schlechtes Zeugnis aus. Die Zahl der Corona-Toten ist in Schweden und in der Schweiz inzwischen ähnlich hoch.

Publiziert: 26.04.2022, 21:39

Fehler gefunden? [Jetzt melden.](#)

262 Kommentare

